

Sehr geehrte Frau Jägers, sehr geehrte Frau Bettermann,  
sehr geehrter Herr Becker, sehr geehrter Herr Niermann,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich Sie dieses Jahr wieder beim Dortmunder Forum für Flüchtlinge begrüßen zu dürfen, das bereits zum zweiten Mal stattfindet. Diese Dialog- und Arbeitsplattform ermöglicht uns ein weiteres Mal ins Gespräch zu kommen über die Herausforderungen und Chancen im Gebiet der Flüchtlingsarbeit, wo auch im Laufe letzten Jahres viele Entwicklungen passiert sind.

Auch wenn die Flüchtlingsfragen in Deutschland durchaus ein breiteres Spektrum haben und viele verschiedene Zielgruppen umfassen, möchte ich Ihnen heute in aller gebotenen Kürze die Entwicklungen umreißen, die uns als Bezirksregierung Arnsberg im Laufe des letzten Jahres begleitet und beschäftigt haben.

Wir erleben derzeit zunehmend eine Verlagerung weg vom eher ordnungsrechtlichen Instrumentarium des Ausländerrechts hin zu den verschiedensten integrativen Maßnahmen, mit denen auch unsere Behörde befasst ist.

Zunächst möchte ich den Blick auf die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen richten, die durch den Bürgerkrieg und die damit verbundenen gewaltsamen Entwicklungen in Syrien die Flucht ergreifen und ihre Heimat verlassen mussten – Familien, Kinder, Frauen, ältere und kranke Menschen. Auch heute steigt die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien immer noch, während die benachbarten Aufnahmeländer längst schon überfordert sind und an die Grenzen ihrer Kapazitäten stoßen. So wurden die Rufe lauter und dringender, durch Bundes- und Landesaufnahmeprogramme syrische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und diesen schutzbedürftigen Personen, die von Krieg, Gewalt und Verfolgung betroffen sind, Schutz zu gewähren und sie in Obhut zu nehmen.

Für die Aufgabe der Aufnahme, Verteilung und Zuweisung dieser schutzbedürftigen Personen in die Kommunen des Landes Nordrhein Westfalen ist das Kompetenzzentrum für Integration (Dezernat 36) in meiner Behörde zuständig. So wurden seit letztem Jahr im Rahmen dieses humanitären

Sonderaufnahmeverfahrens 756 syrische Flüchtlinge durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen, betreut und in ihre neue Heimat in Nordrhein-Westfalen begleitet. Darüber hinaus stellt Syrien derzeit eines der Hauptherkunftsländer von Asylbewerbern dar. Diese Menschen werden von der Bezirksregierung Arnsberg erstuntergebracht und anschließend landesweit auf die Kommunen verteilt.

Eine weitere Zielgruppe der Flüchtlinge, die nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz ebenso in der landweiten Zuständigkeit des Kompetenzzentrums für Integration (Dezernat 36) liegt, ist der Personenkreis im Rahmen eines Resettlement-Verfahrens. Auch hier müssen wir bei der Aufnahme und Zuweisung verschiedene Aspekte berücksichtigen wie z.B.

- die Aufnahmesituation der Gemeinde,
- die verwandtschaftliche Beziehung und der Wohnortwunsch der betroffenen Person,
- die Integrations-, Betreuungs- und Beschäftigungsmöglichkeit vor Ort und
- die gleichmäßige Verteilung im Land.

Die Bedürfnisse der aufgenommenen Menschen einschließlich des Bedarfes an spezifischer Beratung und Begleitung spielen daher bei unseren Entscheidungen immer eine große Rolle. Dank der vorzeitigen Absprache und dem Austausch mit den Kommunen und den verschiedenen Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen im Land konnten wir im letzten Jahr für 60 Resettlement-Flüchtlinge passende und akzeptable Lösungen finden.

Bei all diesen Verfahren stehen wir jedes Mal vor der Herausforderung die Prozesse möglichst optimal und angemessen im Sinne aller Betroffenen zu organisieren und durchzuführen. Ich sage deshalb eine Herausforderung, weil wir eine große Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen, die gerade in der für die Kommunen finanziell und personell schwierigen Zeit im ganzen Land eine vorübergehende Heimat finden müssen. Diese schwierige Situation in den Kommunen wird weiterhin durch die hohen Asylbewerberzahlen und die Zuwanderung aus Süd-Ost Europa, die vor allem die Unterbringungsmöglichkeiten vor Ort strapazieren, verschärft. Das alles ist keine leichte Aufgabe, denn wir wissen, dass sich unter den Schutzbedürftigen z.T. auch traumatisierte Menschen befinden, die unserer besonderen Unterstützung bedürfen.

Andererseits bin ich leider gezwungen hier eine Differenzierung von Zuwanderergruppen vorzunehmen und festzustellen, dass es eine noch größere Zahl von Flüchtlingen aus Syrien, aber auch aus anderen Ländern gibt, die als Asylbewerber nach Deutschland einreisen und mit vielen Hürden und Schwierigkeiten für ihre Aufenthalt und Teilhabemöglichkeiten hier kämpfen müssen. Auch wenn die rechtlichen Aufenthaltsbedingungen für diese Personen in Deutschland unterschiedlich sind, gilt es in erster Linie diesen Personen, die vom Krieg und von der Flucht betroffen und teilweise auch traumatisiert sind, Sicherheit und gute Lebensbedingungen zu gewähren.

Wir sind ein wenig stolz darauf, dass es uns bisher auch bei der Erstaufnahme der steigenden Zahl von Asylbewerbern gelungen ist, diese Menschen in menschenwürdigen Unterkünften und nicht in Zeltstädten oder Barackenlagern unterzubringen, wie es in anderen Bundesländern geschehen ist. Ich muss an dieser Stelle jedoch darauf hinweisen, dass die Bereitschaft von Kommunen, in ihrem Gemeindegebiet Erstunterbringungseinrichtungen zu akzeptieren, zunehmend begrenzt ist. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich eine sehr kleine, aber leider deutlich in Erscheinung tretende Minderheit der Asylbewerber nicht immer sozialadäquat und teilweise auch kriminell verhält. Dies bleibt den vor Ort lebenden Menschen nicht verborgen und führt dort zu oftmals Angst geprägten Abwehrhaltungen. Zum Glück halten sich dennoch die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien bisher in Grenzen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch eine Sorge im Zusammenhang mit dem syrischen Bürgerkrieg äußern. Es handelt sich dabei um den gewaltbereiten Salafismus. Wir müssen derzeit leider erleben, dass es eine nicht unerhebliche Anzahl von meist jungen Menschen beiderlei Geschlechts gibt, die, verblendet durch religiösen Extremismus, aus NRW in einen vermeintlich heiligen Krieg nach Syrien ziehen. Dort werden sie, wenn sie nicht zu Tode kommen, weiter radikalisiert und in übelster Weise verroht. Es existieren bereits Internetvideos von Kriegsverbrechern aus NRW, die mit abgeschlagenen Köpfen ihrer Kriegsgefangenen posieren. Irgendwann kommen diese „Kriegshelden“ dann mit Blut an den Händen zurück nach NRW und versuchen bei uns, weitere Menschen zu radikalisieren und für den Krieg zu begeistern.

Meine Damen und Herren, hier sind wir alle gefordert, Information und Aufklärung zu betreiben und diesen hasserfüllten Extremisten nicht das Feld zu überlassen. Die Bezirksregierung Arnsberg hat bereits in verschiedener Form hierzu informiert. Wir sorgen dafür, dass dieses Thema in den Schulen behandelt wird und nach den Sommerferien werden wir in Arnsberg eine Regionalkonferenz zum Thema Salafismus durchführen.

Die Fragen der optimalen Unterbringung, der Verbesserung der Erstintegrationsschritte vor Ort und der Gewährleistung der sozialen und psychologischen Betreuung der Betroffenen erfordern ein zielgerichtetes Handeln und verlangen eine gut funktionierende Zusammenarbeit der Behörden, Kommunen und Institutionen, Verbände, MSOs, ehrenamtlichen Initiativen und weiteren Akteure, die für die Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge vor Ort zuständig sind. In dieser Hinsicht möchte ich beispielweise den „Runden Tisch zu syrischen Flüchtlingen“ erwähnen, den wir eingerichtet haben um die Vernetzung und Zusammenarbeit mit verschiedenen Integrationsakteuren (Ministerien, Kommunen, Wohlfahrt, Kirchen, Amnesty International usw.) zu verstärken und eine Bündelung der Kräfte und Ressourcen zusammenzubringen. Dieser Runde Tisch findet zunehmend Beachtung, sogar bundesweit.

Aber auch in vielen anderen Bereichen der Integrationsarbeit haben wir uns als Bezirksregierung bereits auf den Weg gemacht. Mit der Umsetzung unseres Integrationskonzeptes verfolgen wir das Ziel Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in den gesellschaftlichen Fokus zu bringen und Impulse für die interkulturelle Öffnung der Behörden und einer Willkommenskultur zu geben. Mit dem neuen Dezernat 37 haben wir seit letztem Jahr die Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKI), die 47 Kommunalen Integrationszentren (KIs), die bereits an den Start gegangen sind, berät und unterstützt für ihre Aufgaben vor Ort in der Kommune.

Im Rahmen der Seiteneinsteiger ist unsere Schulabteilung gemeinsam mit den Akteuren in den Kommunen bestrebt, möglichst rasch dafür zu sorgen, dass alle zuwandernden schulpflichtigen Kinder und Jugendliche in für sie notwendige Schulklassen aufgenommen werden, um möglichst schnell am Bildungssystem partizipieren zu können und sich Chancen für die Zukunft erarbeiten können.

Nach diesen vielfältigen integrativen Aufgaben, die wir übernehmen, muss ich aber wiederum auf das oben angedeutete inhärente Problem zu sprechen kommen. Dieses Problem ist die Differenzierung von Zuwanderungsgruppen, die einem Rechtsunkundigen kaum vermittelbar ist. Denn, die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen jemand in unser Land kommt, sagen etwas darüber aus, mit welchen Förderungen gerechnet werden kann. Auch wenn ich unter Beachtung der geltenden Gesetze und Verordnungen diese Differenzierung machen muss, wünsche ich mir, dass die Menschen, die in unser Land kommen, unabhängig davon, ob sie als Asylbewerber, sonstige Flüchtlinge oder Facharbeiter sind, eine bessere Zukunft und optimale Lebensbedingungen erhalten und sich hier willkommen fühlen.

Damit uns dies auch gelingt, brauchen wir eine Willkommenskultur, die hilft, die Lebensbedingungen für Zuwanderer und ihre Familienangehörige attraktiver zu gestalten und wir brauchen eine Sichtweise, die nicht defizitär, sondern auf die Entfaltung und Wertschätzung ihrer Potenziale ausgerichtet ist. Denn eines ist klar: Wir brauchen Zuwanderung. Die verschiedenen Themen zur Sprachförderung, Ausbildung und Beschäftigung oder zur Selbstorganisation von Flüchtlingen, die Sie sich heute für die Arbeitsgruppen vorgenommen haben, sind wichtige Aspekte für die Integration und Teilhabe vor Ort. Die Unterstützung und das Engagement von Ihnen, die im Dortmunder Forum für Flüchtlinge mitwirken, ist vorbildhaft um die Flüchtlingsarbeit in Dortmund gezielter und effektiver zu gestalten und gemeinsam den hier lebenden Flüchtlingen Wege für eine bessere und auf ihre Kompetenzen und Motivation ausgerichtete Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Hierfür gebührt Ihnen große Anerkennung!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für Ihre Veranstaltung ein gutes Gelingen und hoffe persönlich, wie ich es schon angedeutet habe, dass wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens herstellen können, um möglichst allen die adäquaten Teilhabe- und Integrationschancen zu bieten, die eine erfolgreiche Lebensplanung ermöglichen.